

Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/call-for-papers-69-populismus.html>)

erstellt am: 28. März 2024

Datum dieses Beitrags: Oktober 2016

Call for Papers 69: Populismus

■ FRANZ SCHANDL

Die Nummer 69 der Streifzüge soll im Frühjahr 2017 erscheinen.

Artikel zu verschiedensten Themen sind willkommen, nicht nur Texte zum Schwerpunkt.

Primär kümmern wir uns diesmal um den

POPULISMUS

Alle reden davon, vor allem vom grassierenden Rechtspopulismus, doch was sagt die Formel aus, und vor allem – trifft sie? Erschien vor 15 Jahren der Terminus noch als tauglicher Hilfsbegriff (insbesondere um sich nicht der billigen Rechtsextremismusformel und damit der Totalitarismustheorie zu unterwerfen), so ist jener heute ziemlich fragwürdig geworden, ohne dass das Phänomen, das er beschreiben will, deswegen unwichtig ist. Im Gegenteil, dieses ist von äußerster Brisanz.

„Wladimir Putin, Sonnengott der europäischen Populisten“, lesen wir etwa in der Wiener Presse. Inzwischen scheint von Putin bis Strache, von Trump bis Tsipras, von Lafontaine bis Erdogan, von der FPÖ bis zum ÖGB alles in die Schachtel zu passen. „Das ist doch populistisch“, tönt es da vor allem aus den marktkonformen Basislagern in Wirtschaft und Politik. Doch passt das? Und vor allem für wen passt das?

Der Populismus ist so zu einer Totschlagformel geworden, die akkurat jene nicht trifft, die sie angeblich in erster Linie treffen soll. Wenn Strache oder Petry als Populisten bezichtigt werden, ist ihnen das herzlich egal. Was soll es

sie auch tangieren?

Suggestiert wird einmal mehr eine goldene Mitte. In dieser Mitte thront ein unschuldiger Liberalismus, der ganz im Sinne von freedom and democracy gegen die Bedrohungen von rechts und links verteidigt werden muss. Affirmation erschlägt Kritik und Ressentiment durch deren Gleichsetzung. Das ist auffällig, wenn auch kaum Gegenstand.

Das universelle Wiedererstarken der Rechten führt auch zu einer unseligen Front zwischen blanker Anpassung und konformistischer Revolte, obgleich die beiden „Feinde“ in ihren Grundpositionen übereinstimmen.

Fragestellungen wären unter anderem:

- Was kann der Populismus-Begriff leisten, was nicht?
- Sind Demokratie und Populismus Gegensätze?
- Ist es möglich, jenseits kulturindustriell verfertigter Fans heute noch eine kritische Menge zu konstituieren?
- In welchem Verhältnis stehen Populismus und Rassismus?
- Wie beurteilt man den (links)liberalen Antifaschismus?
- Woher rührt das autoritäre Publikum? Ist der Mob nur ein Gesindel?
- Was kennzeichnet die moderne Rechte, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, institutionell wie intellektuell?
- Wie sind diverse Bündnisse und Konstellationen zu beurteilen?
- Etc.

Artikelvorschläge bitte ab sofort an die Redaktion redaktion-at-streifzuege.org (zur Vermeidung von Spam “@” durch

-at- ersetzt)).

Ab geplanten 12.000 Zeichen (2 Seiten) ersuchen wir um einen kurzen Abstract: etwa 1200 Zeichen, plus Angabe wie viele es letztlich werden sollen.

Folgende Textsorten stehen zur Verfügung:

- 2000 Zeichen abwärts,
- Rezens eines Buches (1600 Zeichen),
- Aufriss (1 Seite mit bis 6.000 Zeichen),
- Essay (2 oder 3 Seiten mit 12.000 bzw. 18.000 Zeichen Obergrenze) oder
- Abhandlung (auf 4 oder 5 Seiten mit 24.000 bzw 31.000 Zeichen Limit)

Genauere Modalitäten zu Textsorten und -länge siehe:

www.streifzuege.org/hinweise-fuer-autorinnen

Die fertigen Aufsätze sind bis zum vereinbarten Termin, aber spätestens bis 10. Februar 2017 an uns zu senden.

Die Ausgabe wird betreut von Franz Schandl

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dim-

mel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkun-

gen eines Grundeinkommens“, Wien

2019.